

Nr. 17/1326**Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:**

Affenversuche an der Bremer Uni endlich stoppen!

Antrag des Abgeordneten Siegfried Tittmann

vom 12. Juli 2010

(Drucksache 17/1370)

Nr. 17/1327**Fragestunde**

1. Auswirkungen einer Wehrpflichtaussetzung auf Universität und Hochschulen
Anfrage der Abgeordneten Silke Allers, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 9. November 2010
2. Polizeiliche Maßnahmen gegen Kriminalität kurdisch-arabischer Clans
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 11. November 2010
3. Sicherungsverwahrung
Anfrage der Abgeordneten Sibylle Winther, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 15. November 2010
4. Einsatz von Störsendern in den Justizvollzugsanstalten des Landes Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 15. November 2010
5. Sanktionsproblematik gemäß § 31 SGB II im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Inga Nitz, Monique Troedel, Peter Erlanson und Fraktion DIE LINKE vom 16. November 2010
6. Arbeitsplatz Schulleitung
Anfrage der Abgeordneten Anja Stahmann, Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. November 2010
7. Neues Rundfunkfinanzierungsmodell: Von der Gerätegebühr zur Haushaltsabgabe
Anfrage der Abgeordneten Anja Stahmann, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. November 2010

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

8. Kürzungen durch Umlage zur Finanzierung der Mehrbedarfe 2010
Anfrage der Abgeordneten Klaus-Rainer Rupp, Monique Troedel, Peter Erlanson und Fraktion DIE LINKE vom 29. November 2010

Diese Anfrage ist vom Fragesteller zurückgezogen.

9. Zukunft der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung
Anfrage der Abgeordneten Frank Schildt, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 30. November 2010

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/1328

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Kein Streit auf Kosten der inneren Sicherheit – Polizei bei neuen Herausforderungen unterstützen“.

Nr. 17/1329

Regelsätze transparent und fair berechnen, Bildung und Teilhabe auch von Kindern und Jugendlichen sichern!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 30. November 2010

(Drucksache 17/1559)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, über den von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB II und XII) im Bundesrat mit folgenden Zielen zu verhandeln:

1. Bei der Einkommensstichprobe soll nicht von den Verbrauchsausgaben der unteren 15 %, sondern von den unteren 20 % der Einkommensbeziehenden ausgegangen werden.
2. Beschäftigte, die ergänzend zu ihrem Erwerbseinkommen ALG-II-Leistungen erhalten und ALG-II-Beziehende, die bisher den Zuschlag nach § 24 SGB II beziehen, sollen nicht in die Berechnung einbezogen werden.
3. Alle Konsumausgaben, die die Referenzgruppe tätigt, sollen in die Bestimmung der Regelleistung eingehen, sofern sie nicht anderweitig berücksichtigt werden.
4. Die geplante Absenkung der Leistungen für behinderte Erwachsene, die bei den Eltern leben, soll nicht vorgenommen werden.
5. Neben dem sogenannten Bildungspaket sollen darüber hinaus notwendige Bildungsausgaben in der Regelleistung für Kinder berücksichtigt werden, um ihnen möglichst weitgehend gleiche Chancen in Kindergarten und Schule zu eröffnen.
6. Bei dem Bedarf für Mobilität soll die regelmäßige Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs vollständig berücksichtigt werden.
7. Die Anpassung der Leistungen muss die Entwicklung der Lebenshaltungskosten dieser Einkommensgruppe und die durchschnittliche Einkommensentwicklung aller Einkommensbeziehenden berücksichtigen.
8. Im Rahmen eines vom Bund zu finanzierenden „Bildungspaketes“ zur Förderung der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur sollen finanzielle Mittel zum Ausbau entsprechender Infrastrukturen bereitgestellt werden. Den Kommunen soll die Umsetzung der Leistungen für Bildung und Teilhabe, Lernförderung und Mittagsverpflegung übertragen werden.
9. Durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns soll die Entstehung weiterer Armut verhindert werden.

Nr. 17/1330

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung der Stiftung zur Förderung des künstlerischen Nachwuchses

Mitteilung des Senats vom 2. November 2010

(Drucksache 17/1504)

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 17/1331

Keine Prämie für Heim und Herd: Betreuungsgeld abschaffen!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 19. Oktober 2010
(Drucksache 17/1489)

Der Senat wird gebeten, sich auf Bundesebene, insbesondere im Bundesrat, konstruktiv für die Streichung des Paragraphen 16 Absatz 4 des Achten Sozialgesetzbuches einzusetzen.

Nr. 17/1332

Einführung eines Tages des Erinnerns und Gedenkens an die Befreiung vom Nationalsozialismus und an das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa am 8. Mai 1945 (Tag der Befreiung)

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 23. Juli 2010
(Drucksache 17/1374)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/1333

Initiative für eine betriebliche Qualifikationsoffensive

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 9. September 2010
(Drucksache 17/1421)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, auf Basis einer branchen-, qualifikations- und geschlechterbezogenen Abschätzung des künftigen Fachkräftebedarfs in Bremen und Bremerhaven die Strategie für eine Qualifikationsoffensive zur Deckung dieses Bedarfs zu entwickeln. Dabei soll neben den Möglichkeiten und Grenzen öffentlichen Engagements insbesondere berücksichtigt werden, wie und in welchem Umfang die Wirtschaft ihrer Eigenverantwortung zur Deckung des Fachkräftemangels gerecht werden kann bzw. muss.
2. Der Senat wird gebeten, die Sozialpartner nach dem Vorbild der „Bremer Vereinbarungen“ zu einem von Arbeitnehmern/-innen, Arbeitgebern/-innen und Politik gemeinsam getragenen „Bündnis für Fachkräfte“ einzuladen. Aufgabe dieses Bündnisses soll es sein, auf eine deutliche Ausweitung betrieblicher Qualifikationsangebote für Beschäftigte und Bewerber/-innen hinzuwirken.

Nr. 17/1334

Schulkulturticket einführen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 14. September 2010
(Drucksache 17/1426)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/1335

Schulklassen kostenfreien Eintritt in Kultureinrichtungen ermöglichen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 27. Oktober 2010
(Drucksache 17/1496)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag.

Nr. 17/1336

Psychische Belastung muss Schwerpunkt des Arbeitsschutzes werden

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. September 2010
(Drucksache 17/1422)

1. Der Senat wird gebeten, psychischen Fehlbelastungen am Arbeitsplatz im staatlich verantworteten Arbeitsschutz des Landes Bremen angemessen zu berücksichtigen und das Bewusstsein für diese Problematik bei Arbeitgebern/-innen und Arbeitnehmern/-innen aktiv zu fördern.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich der wachsenden Bedeutung psychischer Erkrankungen im Arbeitsleben entsprechend dafür einzusetzen, dass psychische Belastungsstörungen und Maßnahmen zu ihrer Vermeidung bzw. Verminderung als eigenständiger Arbeitsschwerpunkt in der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA) verankert werden.

Nr. 17/1337

Mitteilung des Senats über die vom Senat beschlossene Mitantragstellung zur Bundesratsinitiative „Gesetz zur Umsetzung der geänderten Bankenrichtlinie und der geänderten Kapitaladäquanzrichtlinie“ – Antrag der Länder Rheinland-Pfalz, Berlin, Bremen, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen

Mitteilung des Senats vom 2. November 2010
(Drucksache 17/1510)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 17/1338

Mitteilung des Senats über die vom Senat beschlossene Einbringung der Bundesratsinitiative „Entschließung des Bundesrates zur Einführung von Personalstandards in der Krankenhauspflege (Pflege-Personalregelung – PPR –)“ – Antrag der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 2. November 2010
(Drucksache 17/1511)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 17/1339

Vergütungen für Geschäftsführung und Vorstände bremischer Unternehmen transparent und erfolgsabhängig gestalten

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 4. November 2010
(Drucksache 17/1514)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. in seiner Funktion als Gesellschafter darauf hinzuwirken, dass grundsätzlich alle neu abzuschließenden Anstellungsverträge für Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer sowie Vorstandsmitglieder bremischer Unternehmen erfolgsabhängige Entgeltbestandteile enthalten.
2. Tantiemeregulungen und Vorgaben für Tantiemeregulungen zukünftig so zu gestalten, dass Tantiemeregulungen
 - a) klar und transparent formuliert sind,
 - b) im Vorhinein getroffen werden,
 - c) an der wirtschaftlichen Situation und dem Aufgabenfeld der betreffenden Gesellschaft orientiert sind,

- d) in jedem Fall auf mess- und überprüfbaren Erfolgskriterien basieren,
 - e) die nachhaltige Entwicklung des Unternehmens zum Ziel haben,
 - f) sich auf einen mehrjährigen Zeitraum beziehen und hierbei im Falle des zu vertretenden Misserfolges auch auf vorher ausgezahlte Tantiemen zurückgegriffen werden kann sowie
 - g) als Anspruchsvoraussetzung vereinbarte Unternehmensziele nicht nur erreicht, sondern übererfüllt werden müssen.
3. zu regeln, dass die gesetzlichen Bestimmungen des Gesetzes über die Angemessenheit von Vorstandsbezügen in geeigneter Weise auch auf die Geschäftsführer- und Vorstandsverträge bremischer Gesellschaften angewendet werden, d. h. insbesondere,
- a) dass die Vergütung mit allen ihren Bestandteilen (Grundentgelt, erfolgsabhängige Gehaltsbestandteile, Altersversorgung) durch den Aufsichtsrat in Gänze beschlossen wird,
 - b) dass auch die Zielerreichung einer beschlossenen Tantiemeregelung durch den Aufsichtsrat in Gänze festgestellt werden muss sowie
 - c) in Versicherungen zur Absicherung eines/einer Geschäftsführers/-in/eines Vorstandsmitglieds gegen Risiken aus der beruflichen Tätigkeit für die Gesellschaft zukünftig einen Selbstbehalt vorzusehen.
4. zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen es möglich ist zu regeln, dass Beamtinnen und Beamte oder Angestellte des bremischen öffentlichen Dienstes, die eine Geschäftsführerfunktion in einer privatrechtlich organisierten bremischen Gesellschaft übernehmen sollen, zukünftig aus dem vorherigen Dienstverhältnis tatsächlich ausscheiden und ihnen kein direktes Rückkehrrecht einzuräumen.

Nr. 17/1340

15. Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Mitteilung des Senats vom 9. November 2010
(Drucksache 17/1523)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 15. Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten.

Nr. 17/1341

Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Mitteilung des Senats vom 21. September 2010
(Drucksache 17/1441)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 17/1342

Gesetz zur Änderung des Landesgleichstellungsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 16. November 2010
(Drucksache 17/1540)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau.

Nr. 17/1343

Konzeptänderung „Jugend im Parlament“

Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 23. November 2010
(Drucksache 17/1544)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konzeptänderung für das Projekt „Jugend im Parlament“ gemäß der Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft zu.

Nr. 17/1344

Gesetz zum Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen im Bereich der Marktüberwachung für landwirtschaftliche Erzeugnisse

Mitteilung des Senats vom 23. November 2010
(Drucksache 17/1548)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 17/1345

Gesetz zur Änderung des Bremischen Justizkostengesetzes

Mitteilung des Senats vom 23. November 2010
(Drucksache 17/1549)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 17/1346

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Rechtsausschusses

Wahlvorschlag der Fraktion DIE LINKE

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Monique T r o e d e l

anstelle der aus der Fraktion DIE LINKE ausgetretenen Abgeordneten Sirvan Cakici zum stellvertretenden Mitglied des Rechtsausschusses.

Nr. 17/1347

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau

Wahlvorschlag der Fraktion DIE LINKE

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Inga N i t z

anstelle der aus der Fraktion DIE LINKE ausgetretenen Abgeordneten Sirvan Cakici zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau.

Nr. 17/1348

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit

Wahlvorschlag der Fraktion DIE LINKE

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Jost B e i l k e n

anstelle der aus der Fraktion DIE LINKE ausgetretenen Abgeordneten Sirvan Cakici zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit.

Nr. 17/1349

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Landesjugendhilfeausschusses

Wahlvorschlag der Fraktion DIE LINKE

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Inga N i t z

anstelle der aus der Fraktion DIE LINKE ausgetretenen Abgeordneten Sirvan Cakici zum Mitglied und die Abgeordnete

Monique T r o e d e l

anstelle der Abgeordneten Inga Nitz zum stellvertretenden Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses.

Nr. 17/1350

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses „Krankenhäuser im Land Bremen“

Wahlvorschlag der Fraktion DIE LINKE

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Walter M ü l l e r

anstelle der aus der Fraktion DIE LINKE ausgetretenen Abgeordneten Sirvan Cakici zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses „Krankenhäuser im Land Bremen“.

Nr. 17/1351

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Landesbeirats für Sport

Wahlvorschlag der Fraktion DIE LINKE

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Monique T r o e d e l

anstelle des Abgeordneten Jost Beilken zum Mitglied und den Abgeordneten

Jost B e i l k e n

anstelle der aus der Fraktion DIE LINKE ausgetretenen Abgeordneten Sirvan Cakici zum stellvertretenden Mitglied des Landesbeirats für Sport.

Nr. 17/1352

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Betriebsausschusses Performa Nord

Wahlvorschlag der Fraktion DIE LINKE

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Monique T r o e d e l

anstelle der aus der Fraktion DIE LINKE ausgetretenen Abgeordneten Sirvan Cakici zum stellvertretenden Mitglied des Betriebsausschusses Performa Nord.

Nr. 17/1353

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Sport

Wahlvorschlag der Fraktion DIE LINKE

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Monique T r o e d e l

anstelle der aus der Fraktion DIE LINKE ausgetretenen Abgeordneten Sirvan Cakici zum Mitglied der staatlichen Deputation für Sport.

Nr. 17/1354

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 40 vom 30. November 2010

(Drucksache 17/1558)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 17/1355

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Harry N e s t l e r

anstelle der aus der Fraktion der CDU ausgetretenen Abgeordneten Dr. Iris Spieß zum Mitglied und den Abgeordneten

Bernd R a v e n s

anstelle des Abgeordneten Harry Nestler zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen.

Nr. 17/1356

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Silvia N e u m e y e r

anstelle der aus der Fraktion der CDU ausgetretenen Abgeordneten Dr. Iris Spieß zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau.

Nr. 17/1357

Wahl eines Mitglieds des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Rainer B e n s c h

anstelle der aus der Fraktion der CDU ausgetretenen Abgeordneten Dr. Iris Spieß zum Mitglied des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit.

Nr. 17/1358

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Claas R o h m e y e r

zum Mitglied und die Abgeordnete

Dr. Rita M o h r - L ü l l m a n n

anstelle des Abgeordneten Claas Rohmeyer zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung.

Nr. 17/1359

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Kultur

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Elisabeth M o t s c h m a n n

anstelle der aus der Fraktion der CDU ausgetretenen Abgeordneten Dr. Iris Spieß zum Mitglied der staatlichen Deputation für Kultur.

Nr. 17/1360

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Sirvan C a k i c i

anstelle der Abgeordneten Petra Krümpfer zum Mitglied der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration.

Nr. 17/1361

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Einsatz des arbeitsmarktpolitischen Instruments „Bürgerarbeit“ in Bremen und Bremerhaven

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 6. September 2010
(Drucksache 17/1415)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 19. Oktober 2010
(Drucksache 17/1487)

2. Leiharbeiter/-innen und Stammbesellschaften gleich behandeln – befristete und prekäre Arbeit einschränken – Qualifizierung verbessern
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. September 2010
(Drucksache 17/1435)
3. Zeitarbeit ins Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AentG) aufnehmen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 30. November 2010
(Drucksache 17/1554)
4. Zeitarbeit als Chance begreifen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 7. Dezember 2010
(Drucksache 17/1571)
5. Instrument der Darlehensförderung möglichst umfassend nutzen
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 17. September 2010
(Neufassung der Drs. 17/1436 vom 15. September 2010)
(Drucksache 17/1438)
6. Arbeitslosenversicherung als primäre Sicherung für Arbeitslose stärken
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 21. September 2010
(Drucksache 17/1439)
7. Arbeitslosenversicherung als Risikoversicherung stärken
Antrag der Fraktion der FDP
vom 7. Dezember 2010
(Drucksache 17/1572)
8. Eingliederung von behinderten Menschen in den allgemeinen Arbeitsmarkt verbessern
Mitteilung des Senats vom 21. September 2010
(Drucksache 17/1444)
9. UNHCR-Flüchtlinge in Bremen aufnehmen – Bremen sagt ja!
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. September 2010
(Drucksache 17/1449)
10. Gewalt in der Pflege
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 27. September 2010
(Drucksache 17/1453)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 2. November 2010
(Drucksache 17/1505)
11. Zukunftsvision für die Bremer Aufbau-Bank
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 28. September 2010
(Drucksache 17/1458)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 26. Oktober 2010
(Drucksache 17/1493)

12. Länderübergreifende Vernetzung von Verkehrsbeeinflussungsanlagen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 28. September 2010
(Drucksache 17/1459)
13. Fördermittel für Gebäudesanierung
Antrag des Abgeordneten Jan Timke (BIW)
vom 4. Oktober 2010
(Drucksache 17/1470)
14. Kooperationsverbot im Bildungs- und Wissenschaftsbereich abschaffen!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 6. Oktober 2010
(Drucksache 17/1475)
15. Kulturhoheit den Ländern belassen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 9. November 2010
(Drucksache 17/1518)
16. Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern bei Bildung und Wissenschaft
Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. November 2010
(Drucksache 17/1520)
17. Sicherung der bisherigen Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 7. Oktober 2010
(Drucksache 17/1476)
18. Zentrale Servicestelle zur Anerkennung von im Ausland erworbenen berufsqualifizierenden Ausbildungs- und Bildungsabschlüssen einrichten
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 1. November 2010
(Drucksache 17/1498)
19. Auswirkungen der Haushaltssperre
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 2. November 2010
(Drucksache 17/1502)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 23. November 2010
(Drucksache 17/1550)
20. Bremisches Gesetz zur Streichung von Altersgrenzen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 3. November 2010
(Drucksache 17/1512)
1. Lesung
21. Streichung von Altersgrenzen in bremischen Verordnungen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 5. November 2010
(Drucksache 17/1515)
22. Umweltzertifizierung der bremischen Häfen – „Greenports“ sichtbar machen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 9. November 2010
(Drucksache 17/1530)

23. Projektsterben verhindern – soziale Angebote erhalten!
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 9. November 2010
(Drucksache 17/1532)
24. Planungsmittel für die Y-Trasse bereitstellen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. November 2010
(Drucksache 17/1537)
25. Die Rechte intersexueller Menschen schützen und gesellschaftliche Akzeptanz schaffen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, der CDU, DIE LINKE und der FDP
vom 1. Dezember 2010
(Neufassung der Drs. 17/1542 vom 16. November 2010)
(Drucksache 17/1561)
26. 32. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz
vom 26. März 2010
(Drucksache 17/1240)
27. Stellungnahme des Senats zum 32. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz
Mitteilung des Senats vom 24. August 2010
(Drucksache 17/1407)
28. Bericht und Antrag des Ausschusses für Informations- und Kommunikations-technologie und Medienangelegenheiten zum 32. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz vom 26. März 2010 (Drs. 17/1240) und zur Stellungnahme des Senats vom 24. August 2010 (Drs. 17/1407)
vom 2. Dezember 2010
(Drucksache 17/1563)